

 **Jahreswechsel** 

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

In diesen letzten Stunden des Jahres, werden Ereignisse der ergangenen Monate, wird Vergangenheit lebendig. Die Zeit läuft, wir können sie nicht aufhalten. Eingebettet in den Jahresablauf müssen wir Entwicklungen annehmen, die wir begleiten, die wir verändern, die uns verändern. Wenn wir zurückblicken erkennen wir unseren Standort, gleichzeitig wird unsere Verantwortung für Gegenwart und Zukunft deutlich.

Zukunftsfähig werden wir aber nicht durch die Gleichschaltung von Meinungen und die stromlinienförmige Anpassung an den vorherrschenden Zeitgeist. Anstehende Probleme können nur sicher gelöst werden, wenn man sich in der sachlichen Auseinandersetzung unterschiedlichen Vorstellungen stellt, andere Meinungen akzeptiert und den eigenen Standort stetig überprüft. Wir können nur dann optimistisch die nächsten zwölf Monate angehen, wenn wir dabei die Augen vor den Alltagsproblemen nicht verschließen, sondern diese flexibel einer akzeptablen Lösung zuführen.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Problemlösung und der Bewältigung neuer Aufgaben ist ein vertrauensvolles, sachgerechtes Zusammenwirken mit Ihnen, liebe Mitglieder in den beruflichen Schulen und Bezirksverbänden, den Mitgliedern und Mitarbeitern in den Bezirksregierungen und den Ministerien.

Mein persönlicher Dank gilt denjenigen, die mir durch die vielfältigen konstruktiven Gespräche, den eingebrachten Sachverstand, die Hilfsbereitschaft und kollegiale Unterstützung meine Arbeit wesentlich erleichterten.

Für die konstruktiven Gespräche und den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für unseren Verband danke ich Ihnen. Ich verbinde damit gleichzeitig den Wunsch, dieses auch im Neuen Jahr erneut einfordern zu dürfen.

Ich grüße Sie herzlich mit guten Wünschen für gesegnete und geruhsame Weihnachtstage und ein friedvolles neues Jahr.

*Ihr*  
*Gerhard Lange*

# Aussagen zur Landtagswahl 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Landtagswahl steht unmittelbar bevor. Wie in den vergangenen Jahren hat der BVN rechtzeitig zum Wahltermin - die Briefe wurden im Monat Mai 2002 versandt - der SPD, der CDU, der FDP und den Grünen einige Fragen zur beruflichen Bildung in Niedersachsen und zu wichtigen Fragen des Dienstrechtes vorgelegt.

Nachfolgend gebe ich Ihnen die Fragen und uns übermittelten Antworten dazu unkommentiert zur Kenntnis. Werten und entscheiden Sie selbst.

Ihr Gerhard Lange

## 1. Berufliche Bildung

Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung ist u. a. ein anerkanntes Instrument der Wirtschaftsförderung. Die wirtschaftliche Entwicklung einer rohstoffarmen Region hängt ganz wesentlich von der beruflichen Qualifikation und den sozialen Kompetenzen seiner Bewohner ab.

a) Welche Priorität gibt Ihre Partei der Bildungspolitik im Bereich der beruflichen Bildung in Anbetracht der angespannten Haushaltslage?

b) Welche bildungspolitischen Weichenstellungen erscheinen Ihnen zur Zukunftssicherung der beruflichen Bildung dringend geboten?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Berufliche Bildung

Bildung und Wissen, Qualifikation und Kompetenz werden zu den ausschlaggebenden Faktoren im weltweiten Wettbewerb. Als Folge der Globalisierung muss bereits heute ein großer Teil unserer heimischen Wirtschaft weltweite Präsenz zeigen, internationale Zusammenarbeit pflegen, mit sprachlicher Vielfalt umgehen, Flexibilität an den Tag legen und in vernetzten Strukturen denken und arbeiten können. Schul- und Bildungspolitik muss sich auch dieser Herausforderung stellen. Gefordert sind glaubwürdige Konzepte, die die Zukunftschancen der jungen Generation in Niedersachsen durch ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot sichern und damit den Grundstein für eine erfolgreiche persönliche und berufliche Entwicklung jedes Einzelnen legen.

In Bezug auf die berufliche Bildung hat die CDU-Landtagsfraktion zahlreiche politisch-parlamentarische Initiativen ergriffen. Dazu zählt insbesondere unser Entschließungsantrag „Zukunftssicherung für die berufsbildenden Schulen als Partner der ausbildenden Wirtschaft“ vom Mai 2000. Wir wissen, dass der im internationalen Vergleich anerkannte hohe Standard unserer Berufsausbildung zu den wichtigen Standortvorteilen in unserem Land gehört. Wir wollen die Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung weiterentwickeln und dafür Sorge tragen, dass durch berufliche Bildungsabschlüsse weitere Aufstiegschancen eröffnet werden. Wir wollen die berufsbildenden Schulen in die Lage versetzen, den sich ändernden Anforderungen als Partner der Ausbildungsbetriebe im dualen System auch künftig gerecht werden zu können. Das deutsche System der Berufsausbildung ist gerade auch im Hinblick auf den globalen Wettbewerb zukunftsorientiert und qualitativ hochwertig weiterzuentwickeln u.a. durch die Schaffung von neuen Ausbildungsordnungen und maßgeschneiderten Ausbildungskonzepten. Erfolgreiche Kooperationsansätze insbesondere mit der ausbildenden Wirtschaft müssen weiterentwickelt

und ausgebaut werden. Betriebe und Berufsschulen sollten noch stärker als bisher die Vermittlung der Ausbildungsinhalte miteinander absprechen und verantwortlich umsetzen. Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wollen wir durch die Maßnahmen unseres Qualitätsschulkonzeptes nachdrücklich verbessern. Hauptschulen und Sonderschulen müssen noch stärker als bisher an der Berufspraxis ausgerichtet sein und mit den Berufsschulen kooperieren. Berufsbildende Schulen müssen in ihrer Dienstleistungsfunktion für unsere Gesellschaft durch eine qualitativ hochwertige personelle und sachliche Ausstattung unterstützt und gefördert werden. Die Selbständigkeit der berufsbildenden Schulen muss gestärkt und die Eigenverantwortung gefördert werden. Wir unterstützen ihre Entwicklung zu Kompetenzzentren, die sich gegenseitig ergänzen sollen. Dabei wollen wir ein wohnortnahes Berufsschulangebot insbesondere im ländlichen Raum sichern. Berufsbildenden Schulen müssen die Mittel für ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot zur Verfügung stehen, um zeitnah für sich wandelnde Anforderungen des Arbeitslebens gerüstet zu sein.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!  
Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

## 2. Berufsbildende Schulen als selbstständig handelnde Organisationen

Nach den Vorgaben des Modernisierungskonzeptes 2000 der Niedersächsischen Kultusministerin sollen berufsbildende Schulen selbständiger werden. Die beabsichtigte Schaffung regionaler Kompetenzzentren bedingt, dass wesentliche Budgetbestandteile von der Schule selbst erwirtschaftet werden sollen. Mit der Wahrnehmung aller Möglichkeiten der Berufsbildenden Schule als wirtschaftendes Unternehmen tritt diese zwangsläufig mit ihren Angeboten und bei der Auftragsabwicklung als Konkurrenzunternehmen zu Handwerksbetrieben und privaten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen auf.

a) Wie steht Ihre Partei zur Eigenverantwortlichkeit der Schule im Kontext zum staatlichen Erziehungsauftrag der Landesverfassung?

b) Welche Einschränkungen oder Beschränkungen halten Sie für notwendig, damit die o. a. Situation nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt?

c) In welcher Rechtsform sollte nach Ihrer Meinung eine berufsbildende Schule künftig geführt werden?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Berufsbildende Schulen als selbstständig handelnde Organisationen

Die CDU-Landtagsfraktion hat einen von allen Fraktionen getragenen Entschließungsantrag unterstützt, einen fünfjährigen Schulversuch zu initiieren, mit dem für berufsbildende Schulen in Niedersachsen die Möglichkeit geschaffen werden soll, sich zu Qualifizierungszentren in den Regionen zu entwickeln. Dazu sollen ihnen insbesondere durch ein verändertes System von Schulmanagement und Personalsteuerung eine größere Selbständigkeit und umfassendere Gesamtverantwortung eingeräumt werden. Die Ergebnisse der Schulversuche sind abzuwarten, ehe weitere Konsequenzen gezogen werden. Der Grundsatz der staat-

lichen Verantwortung für das Schul- und Bildungswesen bleibt davon unberührt.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt damit die berufsbildenden Schulen auf ihrem Weg, sich als regionale Kompetenzzentren zu profilieren. Die berufsbildenden Schulen sollen sich der Herausforderung des lebenslangen Lernens stellen durch entsprechende Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote in Abstimmung und in Ergänzung mit der örtlichen Wirtschaft. Wettbewerbsverzerrungen sind zu vermeiden.

Die Förderung der eigenen Verantwortung darf aber nicht zur Mangelverwaltung werden: Die Schulen können dann letztendlich nur selbst entscheiden, wofür kein Geld da ist! Bestes Beispiel ist die Budgetierung der Lehrerfortbildung, die soeben für die berufsbildenden Schulen erfolgt ist: Im Landeshaushalt stehen nur gut 26 Euro pro Jahr und Lehrkraft zur Verfügung, die bei weitem nicht ausreichen, um auf die sich ständig wandelnden Anforderungen des Arbeitslebens zeitnah reagieren zu können. Gleiches gilt für die Zuweisung von Personalmitteln: Wenn landesweit gerade im Berufsschulbereich Lehrermangel droht, dann werden die Schulen so mit dem Problem allein gelassen. Insbesondere Berufsschulen im ländlichen Raum werden Schwierigkeiten haben, überhaupt qualifiziertes Lehrpersonal rekrutieren zu können, ohne dass die Landesbehörden sie dabei unterstützen. Ohne eine gestärkte Schulleitung, ohne die notwendige Assistenzebene kann mehr Eigenverantwortung nicht umgesetzt werden. Doch das Land hat 56 Schulassistententeilen gestrichen, über 8 % des Gesamtbestandes. Schulsozialarbeiterstellen sind nicht zusätzlich geschaffen worden, sondern auf Kosten der Unterrichtsversorgung durch Umwandlung von Lehrerstellen. Die kommunalen Schulträger sind finanziell am Ende und können ihre Aufgaben nicht erfüllen. Deshalb gilt: Keine Schulreform ohne Gemeindefinanzreform!

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

### **3. Sicherung des Lehrerinnen-/ Lehrernachwuchses an berufsbildenden Schulen**

Offene Stellen an berufsbildenden Schulen können unter Berücksichtigung des fachspezifischen Bedarfs in den nächsten Jahren nicht mehr besetzt werden.

Die Mangelsituation, die zu beklagen ist, wird durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

\* Statt einer langfristigen Planung (die Schülerzahlen für die beruflichen Schulen sind auch durch das höhere Eintrittsalter - min. 15 Jahre - hinlänglich bekannt) wurde je Legislaturperiode nach kurzfristigen ökonomischen Prinzipien entschieden.

\* Die Förderung des BVN nach einer verstetigten, langfristig bedarfsgerechten Lehrereinstellung wurde von der Politik und der Verwaltung ignoriert.

\* Das Image des Lehrer/innenberufes wird in Deutschland seit Jahrzehnten schlecht geredet. Da werden Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen nur selten ausgenommen.

\* Die absehbare Pensionierungswelle und die gleichzeitig steigenden Schülerzahlen verschärfen den Trend und führen zu einem drastischen Absinken der Unterrichtsversorgung.

\* Eine rechtzeitige und wirkungsvolle Werbung für die Berufsschullehrerämter erfolgte nicht.

a) Welche Konzepte zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung hat Ihre Partei ?

b) In welchem Umfang wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode neue Lehrerstellen für das berufliche Schulwesen schaffen?

c) Welche besonderen Personalgewinnungsinstrumente wollen Sie einsetzen, um Universitätsabsolventen mit z.B. betriebswirtschaftlichen oder IT-Qualifikationen für das höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen zu gewinnen?

d) Welche zusätzlichen Qualifizierungsmöglichkeiten werden Sie schaffen, um die Universitätsabsolventen, die kein Lehramt studiert haben, auf Ihre pädagogische Aufgabe vorzubereiten?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Sicherung des Lehrerinnen-/Lehrernachwuchses an berufsbildenden Schulen

a) und b)

Trotz weiter steigender Schülerzahlen sind in den letzten Jahren überhaupt keine zusätzlichen Lehrerteile für die berufsbildenden Schulen zur Verfügung gestellt worden. Bis zum Jahre 2009 werden dort weitere 25.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler erwartet - ohne eine einzige zusätzliche Lehrerteile im Landeshaushalt oder in der mittelfristigen Finanzplanung einzuplanen. Die zum 1. November 2002 eingerichteten 50 angeblich zusätzlichen Lehrerteile sind nicht dauerhaft finanziert. Die Landesregierung hat gerade an den berufsbildenden Schulen statistische Kosmetik betrieben, indem sie die Studentafel an den Vollzeitberufsschulen um zwei Stunden gekürzt hat, damit die desolote Unterrichtsversorgung in einem besseren Licht erscheint. Fest steht auch, dass Niedersachsen bundesweit im Durchschnitt die wenigsten wöchentlichen Unterrichtsstunden pro Berufsschulklasse im Rahmen der dualen Ausbildung erteilt. Wir brauchen deshalb ein gezieltes Förderprogramm für unser berufsbildendes Schulwesen, statt ständige Flickschusterei zu betreiben.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in ihrem Alternativantrag zum Landeshaushalt 2002/2003 die Einstellung von 2.500 zusätzlichen Lehrkräften finanziert. Dazu gehören auch 800 zusätzliche Lehrkräfte für das berufsbildende Schulwesen. Die SPD-Landtagsmehrheit hat diese Initiative abgelehnt und damit die weitere Verschlechterung der Unterrichtssituation billigend in Kauf genommen.

Das Land Niedersachsen steckt in einer selbstverschuldeten Finanzkrise, die die Handlungsfähigkeit des Landes nachhaltig lähmt. Erforderlich ist eine konsequente Haushaltssanierung, für die die CDU-Landtagsfraktion wiederholt konstruktive Vorschläge vorgelegt hat. Die durch die Haushaltssanierung gewonnenen neuen Haushaltsspielräume sollen und werden insbesondere auch zur Verbesserung der Unterrichtssituation im berufsbildenden Schulwesen genutzt werden.

c) und d)

Die berufsbildenden Schulen leiden schon jetzt unter einem dramatischen Fachlehrermangel, insbesondere in den Berufsfeldern Metall, Elektro- und Bautechnik. Diese Entwicklung wird sich durch die Versäumnisse der SPD-Landesregierung in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Schon jetzt können Ausbildungsplätze in den Studienseminaren für Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer nicht mehr besetzt werden. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für den Lehrerberuf verbessert werden. Zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Wirtschaft muss in diesem Zusammenhang auch die Erhöhung der Bezüge für angehende Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer im Studienseminar geprüft werden.

In diesem Zusammenhang werden auch Universitätsabsolventinnen und -absolventen ohne Lehramtsausbildung für das berufsbildende Schulwesen gewonnen werden müssen. Sie müssen durch pädagogische Qualifizierungskurse auf dem Wege von Aufbaustudien und auch berufsbegleitend die notwendige berufsbildende Schulwesen gewonnen werden müssen. Sie müssen durch pädagogische Qualifizierungskurse auf dem Wege von Aufbaustudien und auch berufsbegleitend die notwendige berufsbildende Schulwesen gewonnen werden müssen.

pädagogische Zusatzausbildung erhalten. Geeignete Fachkräfte können vor Ort auch in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft und mit den entsprechenden Fachverbänden und Organisationen über marktübliche Stundenverträge gewonnen werden.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

#### 4. Anwesenheit in der Schule - Präsenzzeiten

Niedersächsische Lehrkräfte sind zur Anwesenheit in der Schule verpflichtet.

Eine zeitliche Festlegung ihrer außerunterrichtlichen Tätigkeiten macht aber erst dann Sinn, wenn für Lehrkräfte die gleichen Arbeitsbedingungen bereitgestellt und geschaffen werden wie für alle anderen Landesbediensteten auch.

Dazu gehören insbesondere

- \* die Bereitstellung und Einrichtung angemessener Arbeitszimmerplätze;
- \* die Ausstattung dieser Plätze mit den erforderlichen IuK-Technologien;
- \* die Einrichtung notwendiger, bisher in der Regel aber fehlender Sozialeinrichtungen.

Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um die dringend benötigten Arbeitsplätze und Sozialeinrichtungen in den Schulen zu schaffen?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Anwesenheit in der Schule - Präsenzzeiten

In Bezug auf die Ausstattung von Arbeitsplätzen in den Schulen und entsprechenden Sozialeinrichtungen ist in erster Linie der kommunale Schulträger gefordert. Auf die notwendige konsequente Haushaltssanierung angesichts der selbstverschuldeten Finanzkrise des Landes Niedersachsen wurde bereits hingewiesen. Im Rahmen dieser Haushaltssanierung ist es insbesondere erforderlich, die kommunale Finanzkraft wieder zu stärken, damit die niedersächsischen Kommunen auch diejenigen Mittel zur Verfügung haben, die sie benötigen, um ihre Aufgaben auch im Bereich der Berufsschulen erfüllen zu können.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

#### 5. Leistungsgerechte Besoldung

Mit der Einführung der neuen Besoldungsstruktur 1997 hat der Gesetzgeber den Forderungen nach einer leistungsorientierteren Besoldung innerhalb der Reform des Dienstrechtes entsprochen. Zur Stärkung des Leistungsprinzips im Beamtenrecht wurden Leistungsstufen, Leistungsprämien und Leistungszulagen kostenneutral, d.h. durch einen Gehaltsverzicht der aktiven Beamtinnen und Beamten eingeführt. Darüber hinaus stellen auch Beförderungen eine gute Möglichkeit dar, überdurchschnittliche Leistungen zu honorieren.

Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um die Beförderung- und Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern und eine leistungsgerechte Besoldung zu garantieren?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Leistungsgerechte Besoldung

Wenn auf der einen Seite die Anforderungen an den öffentlichen Dienst immer mehr steigen, die Verwaltung zugleich effizient und

schlank sein soll, wenn Eigeninitiative gefördert und Leistung sich lohnen soll, dann ist es völlig unverständlich, dass die Anpassungen von Vergütung und Besoldung regelmäßig zeitlich und in der Höhe hinter der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung zurückbleiben. Damit wird der Grundsatz durchbrochen, dass Beamte und Versorgungsempfänger an der allgemeinen Entwicklung teilhaben müssen. Die Sparnotwendigkeit ist unbestritten, diese darf jedoch nicht einseitig zu Lasten einer Berufsgruppe wie der des öffentlichen Dienstes gehen. Die Einführung von Leistungszulagen und Leistungsprämien wird von der CDU-Landtagsfraktion begrüßt. Seit 1998 besteht die rechtliche Möglichkeit, diese auch für Lehrkräfte zu zahlen. Doch die SPD-Landesregierung in Niedersachsen hat die rechtlichen Möglichkeiten nicht nur ungenutzt gelassen, sie hat auch im Landeshaushalt 2002/2003 die durch Gehaltsverzicht der Lehrkräfte bereits erwirtschafteten Landesmittel wieder einkassiert und zum Stopfen von Haushaltslöchern an anderer Stelle verwendet. Während das Land Bayern im Haushaltsjahr 2002 allein 7,5 Mio. Euro für Leistungsprämien und Leistungszulagen zahlt, bleiben niedersächsische Lehrkräfte wieder einmal auf der Strecke. Für uns ist die stärker am Begriff der Leistung orientierte Besoldung ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes.

Wir wollen deshalb im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushaltes nach einem notwendigen Kassensturz und der damit verbundenen Haushaltssanierung die Beförderung- und Aufstiegsmöglichkeiten verbessern und die rechtlichen Möglichkeiten nutzen, Leistungsprämien und Leistungszulagen auch für Lehrkräfte zu zahlen.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

#### 6. Altersteilzeit

Nach den bisherigen Vorgaben endet in Niedersachsen im Jahr 2004 die Möglichkeit, nach dem Altersteilzeitgesetz ab dem 55. Lebensjahr die Arbeitsbelastungen durch eine Herabsetzung der persönlichen Arbeitszeit auf 50% bei ca. 83 % der Nettobezüge bis zum Ausscheiden aus dem Dienst zu vermindern.

Welche Chancen sehen Sie, diese Möglichkeit der Verminderung der altersabhängigen Arbeitsbelastungen für interessierte Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamten über den oben genannten Zeitpunkt hinaus zu den gleichen sozialen Bedingungen offen zu halten?

Wie sollten aus Ihrer Sicht die künftigen Bedingungen für einen intelligenten Ausstieg aus dem aktiven Dienstverhältnis gestaltet werden?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Altersteilzeit

Das bisherige Altersteilzeitgesetz hat sich in der Alltagspraxis bewährt. Die Möglichkeit der Verlängerung über das Jahr 2004 hinaus zu den gleichen sozialen Bedingungen ist vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des Landeshaushaltes sorgfältig zu prüfen und abzuwägen. Dabei sind für die CDU-Landtagsfraktion die Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und Beamten wie der Berufsschullehrerverband Niedersachsen ein wichtiger Ansprechpartner. Im gemeinsamen Gespräch unter den aufgezeigten Rahmenbedingungen sind Modelle zu entwickeln, wie im gerechten Interessenausgleich zwischen Land und Landesbediensteten sinnvolle Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus dem aktiven Dienstverhältnis gestaltet werden können.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

## 7. Versorgung

Durch das Versorgungsänderungsgesetz wird die bisher mögliche Höchstversorgung von 75 % schrittweise auf 71,75 % zurückgenommen. Während jüngere Beamtinnen und Beamte die Möglichkeit haben die Minderung ihrer Altersbezüge durch private Zusatzversicherungen auszugleichen, haben ältere versorgungsnaher Altersjahrgänge diese Möglichkeit nicht bzw. nur zu erheblich ungünstigeren Konditionen. Versorgungsempfänger haben überhaupt keine Möglichkeit mehr, auf die Kürzung ihrer Versorgungsbezüge zu reagieren.

Welche Möglichkeiten sehen Sie und welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um diese offensichtliche Benachteiligung der versorgungsnahen Jahrgänge und der Versorgungsempfänger zu verhindern?

SPD: siehe globales Antwortschreiben am Ende ungekürzt abgedruckt!

CDU: Versorgung

Die Wahrung der Generationengerechtigkeit ist eine der größten sozialpolitischen Aufgaben der vor uns liegenden Jahre. Alle Generationen müssen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung langfristig gesichert ist - auch unter veränderten wirtschaftlichen und demokratischen Gegebenheiten. Alterssicherung braucht Verlässlichkeit. Diese haben Rentner und Versorgungsempfänger durch die von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten ungerechten und unsozialen Rentenreform und deren Übertragung auf die Beamtenversorgung nicht.

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt Reformen wie die der rot-grünen Bundesregierung, die Sonderopfer zu Lasten der Beamten und Versorgungsempfänger zum Inhalt haben, ab. Für uns bleibt die Versorgungsrücklage jenes Instrument, mit dem Änderungen in der Rentenversicherung wirkungsgleich ins Beamten- und Versorgungsrecht übertragen werden können. Wir werden auch weiterhin dafür eintreten, dass Reformen in öffentlichen Dienst für Beamte und Arbeitnehmer - bei Beachtung der systembedingten Unterschiede - wirkungsgleich vollzogen werden.

FDP: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

Grüne: bis zum Redaktionsschluss 20.11.2002 lag keine Antwort vor!

## Antwortschreiben der SPD:

### Beantwortung der Wahlprüfsteine des BVN von der SPD-Landtagsfraktion

Wichtige Fragen von Gegenwart und Zukunft des 21. Jahrhunderts werden mit Bildung und Wissen zusammenhängen. Denn alle, die mit Bildung zu tun haben, wissen: Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen und jeder Einzelnen, aber auch über die Zukunft unseres Gemeinwesens. Bildung ist der wesentliche Schlüssel für eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und kulturell vielfältige Gesellschaft. Deswegen haben wir bereits vor Veröffentlichung von PISA wichtige Maßnahmen ergriffen. Allein in den letzten drei Jahren ist der Bildungshaushalt in Niedersachsen um 160 Millionen Euro erhöht worden. Das war eine wichtige und richtige Weichenstellung für die Bildungspolitik in unserem Land, die trotz der finanziellen Situation

des Landes getroffen worden ist. Die Finanzierung des Bildungsetats zeigt, wie wichtig der SPD-Landtagsfraktion Bildung ist. Für den berufsbildenden Bereich bedeutet das: Bis zum Jahr 2003 werden 900 Lehrkräfte ausscheiden. Jede dieser frei werdenden Stellen wird wieder besetzt. 200 Lehrkräfte für die berufsbildenden Schulen im Rahmen des Modernisierungskonzeptes BBS 2000 wurden zusätzlich eingestellt. Ab 1.2.2000 wurden den jungen Lehrkräften wieder volle Lehrstellen angeboten und ab 1.8.2000 wurde den mit 3/4 ihrer regelmäßigen Arbeitszeit eingestellten Lehrkräften eine volle Stelle angeboten.

Um den Nachholbedarf im EDV-Bereich aufzuholen, hat das Land das Programm n-21 aufgelegt. Kosten für 2002 und für 2003 sind jeweils 12,8 Millionen Euro gewesen. Mit diesem Programm wurde für die allgemein bildenden Schulen die Ausstattung mit Computern und Medienkompetenz verbessert. 25 Millionen Euro hat Niedersachsen aus dem vom Bund aufgelegten Programm „Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen“ bekommen. 95 Prozent aller Berufsschulen haben Geld aus diesem Programm für ihre Computerausstattung erhalten. Mit diesen Mitteln ist inzwischen die EDV-Ausstattung an den meisten Schulen hervorragend. Hinzu kommen Mittel für die Systembetreuung, die in diesem Jahr zwei Millionen Euro und ab nächstem Jahr fünf Millionen Euro beträgt.

Mit dem Modernisierungskonzept BBS 2000 und mit dem anlaufenden Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo) haben wir gewichtige Weichenstellungen für die Zukunftssicherung der beruflichen Bildung gestellt. Mit diesem Schulversuch soll für die berufsbildenden Schulen die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu Qualifizierungszentren in den jeweiligen Regionen zu entwickeln. Es ist im Sinne des lebenslangen Lernens sinnvoll, dass ein Kompetenzzentrum für berufliche Bildung, in dem die Erstausbildung stattfindet, auch ein Angebot von Fort- und Weiterbildung vorhalten kann. Allerdings sind marktübliche Preise sicher zu stellen. Darüber hinaus soll den Schulen durch ein verändertes System von Schulmanagement und Personalsteuerung eine größere Selbständigkeit und eine umfassende Gesamtverantwortung eingeräumt werden.

Es wird Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein, den Modellversuch auszuwerten. Erst auf Grundlage dieser Auswertung können Aussagen über eine veränderte Rechtsform diskutiert werden.

Durch vielfältige Maßnahmen, aber insbesondere durch Schaffung der oben genannten Stellen, wird es gelingen, auch in Zukunft den Nachwuchs für die Schulen sicher zu stellen. Der Mangel an Berufsschullehrkräften wird sukzessive abgebaut. Das Land macht aktiv Werbung mit der Kampagne „Gute Leute machen Schule“, stellt Seiteneinsteiger ein, die mit Praxiserfahrung in Berufsschulen eine gute Ergänzung der Kollegien sind. Diese Werbemaßnahmen haben gegriffen, denn inzwischen steigen die Studierendenzahlen erheblich.

Unsere sozialdemokratische Bildungspolitik verbessert kontinuierlich die Qualität unserer Schulen. Aber eine zukunftssträchtige und seriöse Bildungspolitik bedarf auch einer soliden Finanzierung, um die Maßnahmen umzusetzen. Alle hier beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der berufsbildenden Schulen haben wir im Haushalt 2002/2003 gegenfinanziert. Deswegen können wir aus Gründen der Seriosität zu den haushaltsrelevanten Forderungen erst im Zuge der Beratungen zum nächsten Haushalt Stellung beziehen.

# Aus der Bildungspolitik

## SPD-Fraktion bestätigt Gabriels Zusagen

Aus: Rundblick Nr. 108 vom 12.06.02

(rb) Hannover. Die SPD-Landtagsfraktion ist am mit großer Mehrheit den von Ministerpräsident Sigmar Gabriel vorgelegten Änderungsvorschlägen zum Schulgesetz zugunsten des Landeselternrates, des Handwerks und der Schulträger gefolgt. Demnach werden die Haupt- und Realschulen bei der Einrichtung von Förderstufen den Gymnasien gleichgestellt. Es bleibt aber weiterhin bei der Privilegierung kooperativer Schulformen und Gesamtschulen, hieß es nach der Fraktionssitzung. Gabriel, Fraktionschef Axel Plaue und Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper hatten sich in diesen Tagen in mehreren Gesprächen um ein Bündnis mit dem Landeselternrat und dem Handwerk bemüht. Bei beiden Institutionen wurde für die Änderung zwar Zustimmung signalisiert; die grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der Schulreform blieb aber weitgehend bestehen.

Die Landtagsopposition hat unterdessen ihre Ablehnung der Novelle bekräftigt. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Rebecca

Harms, hat gemeinsam mit der Schulpolitikerin der Fraktion, Brigitte Litfin, vor dem Parlamentsgebäude mit ihrer Aktion „3000 x Nein zum Schulgesetz“ den Zwischenstand der Petitionen gegen die Novelle öffentlich gemacht. 3000 Einzelpersonen hätten sich wie bereits zahlreiche Verbände und Interessenvertreter in der Landtagsanhörung gegen die Pläne der Landesregierung gewandt, berichteten Harms und Litfin und kündigten an, dass die Schulreform „die nächste Landtagswahl nicht überstehen“ wird. Hier sind sich die Grünen einig mit der CDU, die bei einem Regierungswechsel als erstes das Schulgesetz wieder außer Kraft setzen will. Fraktionsvize Bernd Busemann stellte sich hinter die Elternvertreter, die nach wie vor massive Kritik an einer möglichen Einschränkung des Elternwillens bei der Wahl der Schulform und der Bildungsgänge üben, sowie das Handwerk, das in der Förderstufe keinen großen Unterschied zur ungeliebten Orientierungsstufe erkennen kann.

---

### Kommentar:

## Durchgesetzt

(rb) Man wird es zu einem späteren Zeitpunkt bewerten müssen, ob sich der viele Ärger und die zahllosen Auseinandersetzungen um das neue Schulgesetz – innerhalb der SPD, zwischen Landesregierung und Landtagsfraktionen, zwischen Regierung und Interessenvertretern – am Ende wirklich gelohnt haben. Ministerpräsident Gabriel hatte eine Vision, und die musste durchgesetzt werden, koste es, was es wolle. Was es ihn persönlich gekostet hat oder auch nicht, wird spätestens der 2. Februar 2003 zeigen, wenn die Wählerinnen und Wähler darüber entscheiden, ob sie die Schule so wollen, wie die SPD sie plant, oder nicht.

Die hektische Betriebsamkeit wenige Tage vor der Verabschiedung des Gesetzes hat zumindest deutlich gemacht, dass Gabriel nichts unversucht lässt, die aus seiner Sicht wichtigsten Interessengruppen – die Eltern, Schulträger und die Wirtschaft – auf seine Seite zu ziehen. Seine Kritiker sind sich einig, dass das viel zu spät passiert ist und selbst den eigenen Leuten kaum noch verkauft werden kann. Einer der zentralen Streitpunkte – die Freigabe des Elternwillens und die Freiräume für die Schulträger – lassen sich so wenig unter einen Hut bringen, wie sich aus einem Kreis ein Quadrat machen lässt.

Die letzte Sitzung des Kultusausschuss hat das bewiesen. Da

stellte der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags fest, dass das Wahlrecht der Eltern zwischen den Bildungsgängen oder Schulformen nicht durch die Einrichtung von Schulbezirken unterlaufen werden darf. Bei der Wahl der Förderstufe wird dagegen erst gar kein Elternwahlrecht in Aussicht gestellt. Denn hier gelten die Vorstellungen der Landesregierung von der allerorten gleichen Qualität der Förderstufe bereits als vollzogen. Denn wo alles gleich ist, braucht man auch nicht zu wählen.

Dass Eltern dies anders sehen und durchaus einen Zusammenhang herstellen zwischen der Schulform, an der die Förderstufe angebunden ist, und der Qualität dieser Förderstufe, bleibt offenkundig unberücksichtigt.

Eine Veränderung des Schulgesetzes kurz vor der Verabschiedung, die es Eltern und Schulträgern gleichermaßen Recht macht, ist wohl illusorisch. Eine breite Zustimmung zu dem Gesetzeswerk, wie sie sich der Ministerpräsident wünscht, ist es auch. Daran ändert auch nichts, dass die Regierungsfraktion alle Bedenken gegen ein Herumbasteln an der Novelle in letzter Sekunde dann doch über Bord geworfen hat und sich die SPD-Abgeordneten bei dem letzten Umschwenken „wie ein Mann“ hinter Gabriel gestellt haben.

az

# Aus den Bezirksverbänden

## Unternehmen Berufsschule

### Stärkung der Berufsschule - durch Änderung ihrer Führungsstruktur ?!

**Der Trend ist nicht zu übersehen: Auf dem Markt einer sich rasant öffnenden Bildungslandschaft tummeln sich immer mehr Bildungsanbieter. Damit verschärft sich auch angesichts knapper werdender Staatsfinanzen die Jagd nach Fördermitteln und der Wettbewerb im Bildungssystem. Müssen die öffentlichen Berufsschulen in eine weitgehende organisatorische und pädagogische Freiheit entlassen werden, eine andere Schulkultur und Führungsstruktur entwickeln, um als duale Partner der Unternehmen in der Region flexibel und effizient mithalten zu können? Schließlich verließ im Jahre 2000 jeder fünfte der insgesamt fast 1,1 Mill. Abgänger die beruflichen Schulen ohne Abschluß, darunter überproportional viele Ausländer.**

Wie lange noch halten die Schutzwälle des staatlichen Bildungswesens den Kostendruck aus, der die Berufsschulen vor Ort längst erfasst hat und auch dem Berufsschullehrer im Eingangsamt inzwischen ein hohes Maß an organisatorischer Mitgestaltung abverlangt? Der Spruch, wonach nicht die Großen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen besiegen, ist uns allen geläufig. Künftig haben vermutlich diejenigen im Bildungssektor Oberwasser, die mit neuem Denken und Handeln ihre Ideen leidenschaftlich und innovativ umsetzen. Und Ideen sind glücklicherweise nicht von der Größe eines Unternehmens abhängig. Vorteil für kleine Bildungsanbieter?

Derartige Fragen wurden kürzlich auf einer Tagung der Berufsschullehrer im Offizierheim Wilhelmshaven erörtert. Eingeladen hatte der Berufsschullehrerverband (BLBS) im Bezirk Oldenburg. Dem Gespräch stellten sich Eberhard Menzel, Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, und Peter Bräth, Ministerialrat und Leiter des Referates für Rechtsangelegenheiten der beruflichen Bildung im Niedersächsischen Kultusministerium Hannover.

Oberbürgermeister Menzel und Ministerialrat Bräth verglichen das System der nordeuropäischen Länder mit dem unseres Schulwesens und kamen bei allen Vorbehalten, die mit solchen Gegenüberstellungen stets verbunden sind, zu einem gemeinsamen Schluss: Ein Grund, wieso Länder wie Finnland oder die Niederlande eine andere Schulkultur in den letzten Jahren entwickeln konnten, liegt darin, dass sie die jeweiligen Kommunen sehr viel stärker in schulische Angelegenheiten vor Ort mit einbezogen haben, als es bislang bei uns geschieht. Den nordeuropäischen Ländern ist es längst gelungen, ganze Kommunen an den Debatten um die regionale Weiterentwicklung der Schulen konstruktiv zu beteiligen, während hierzulande die Kommunen als Schulträger im materiellen Sinne ausschließlich für die Sachleistungen zuständig sind.

Fazit: Auch bei uns müssen vor Ort die Debatten um die Entwicklung der Schulen verstärkt mit allen Beteiligten geführt werden - mit den Schülern, Eltern, Kommunen, anderweitigen Bildungsträgern und den Betrieben, die ausbilden, um gute Fachkräfte zu erhalten. Dabei gewinnen auch Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft an Bedeutung. In diesem Sinne muss es der Schulleitung mit Hilfe der Schulorganisation gelingen, schulischen Auftrag und Profit wieder stärker an die einzelne Lehrkraft heranzubringen. Anderenfalls wird es nicht möglich sein, hier zu motivieren und zu einem neuen Aufbruch zu gelangen, für den Ministerialrat Peter Bräth als Referent in der Wilhelmshavener Veranstaltung einmal mehr eindrucksvoll warb.

In der engagiert geführten Diskussion, gut geleitet von Jürgen Westerhoff, Chefredakteur der Wilhelmshavener Zeitung, war man sich einig: Um in der beruflichen Bildung Oberwasser zu behalten, muss auch die Lehrerfortbildung erheblich intensiviert werden. Und das ist mit dem niedersächsischen Fortbildungskonzept derzeitiger Prägung nicht zu machen.

Friedrich Susewind



#### **Neue Verordnungen: Umwandlung der Berufsschulen in Kompetenzzentren**

Ministerialrat Peter Bräth (links) im Gespräch mit Heinz Ameskamp, stellvertretender Bezirks- und Landesvorsitzender des BLBS.

Foto Susewind

# Die Deutschen sterben aus - sterben Wirtschaft und Berufsschulen mit?

## Revolution auf leisen Sohlen

**Oldenburg - Eine Bestandsaufnahme zur Familien-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik präsentierte jetzt Rechtsanwalt Jörg E. Feuchthofen, Geschäftsführer der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VhU) Frankfurt. Der Experte sprach auf einer Tagung im Studienseminar Oldenburg (i.O.) zum Thema „Die Deutschen sterben aus - Herausforderungen für die Wirtschaft“.**

**Zu dem von der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (Hamburg) veranstalteten Forum waren Anwärtler für das Lehramt an berufsbildenden Schulen, Wirtschaftsjuristen und Schulleiter eingeladen. Der Verfasser sprach mit Jörg E. Feuchthofen.**

**Erkenntnis: Der dramatische Alterungsprozess in Deutschland und das rückläufige Wirtschaftswachstum können über Zuwanderung und staatlichen Interventionismus allein nicht aufgehalten werden. Deutschland braucht anstelle einer Liste von Einzelmaßnahmen einen Masterplan, um wirtschafts- und gesellschaftspolitisch Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.**

**Frage:** „Die Deutschen sterben aus - Herausforderungen für die Wirtschaft“, darüber diskutierten Sie u.a. mit Lehramtsanwärtern in Oldenburg.

**Herr Feuchthofen, ist der Wunsch deutscher Familien nach Kindern in Vergessenheit geraten?**

**Feuchthofen:** Das ist er in der Tat, und nicht erst seit heute. Bereits Ende der 60er Jahre setzte der Rückgang der Bevölkerung bei uns ein. Das wird zu einer dramatischen Alterung in Deutschland führen. Wir brauchen zum „Erhalt“ der deutschen Bevölkerung 2,1 Geburten pro Frau. Tatsächlich sind es nur noch 1,4. Tendenz: weiter sinkend. Um katastrophale Entwicklungen zu vermeiden, brauchen wir schnell ein breites Paket an Maßnahmen. Es müssen Anreize für eine neue Familien- und Erziehungspolitik gegeben werden.

**Frage:** Die sauerländische Unternehmensgruppe Ketten Wulf, mit 700 Mitarbeitern und über 30% Marktanteil einer der größten Kettenproduzenten der Welt, kooperiert seit kurzem mit China und baut dort ein Tochterunternehmen auf. Damit soll eine weitere Globalisierung des Unternehmens erreicht und das positive Wirtschaftswachstum in China genutzt werden.

**Die Asiaten mit ihrem hohen Bevölkerungszuwachs leben nach der Wertvorstellung: Je mehr Kinder, um so glücklicher. Läuten für unsere Wirtschaft hier die Alarmglocken?**

**Feuchthofen:** Sie läuten immer lauter, und die deutschen Firmen reagieren. Inzwischen ist die Globalisierung nicht nur ein Feld für die großen Unternehmen geworden. Zunehmend finden wir hier auch spezialisierte Mittelständler.

Die Regel ist einfach. Die neuen Märkte sind dort, wo viele Menschen leben, sich die Bevölkerungszahl erhöht und die wirtschaftlichen Bedingungen günstig sind. Der große Markt der Zukunft liegt in China. Dagegen ist in Europa und der westlichen Welt das Konsumverhalten der Menschen weitgehend gesättigt. Die letzten großen Booms waren bei uns die IT-Branche, Handys und Computer. Wenn nun in Deutschland die Bevölkerungszahl extrem schrumpft und Konsumenten sowie Wirtschaftskraft durch Humanressourcen dramatisch zurückgehen, überlegen Unternehmen bereits heute, ob sie nicht gleich ihre Hauptzentrale an die Märkte, die boomen, also etwa in China, verlegen sollten.

Wir beobachten also eine neue Dimension wirtschaftlicher Ent-

wicklung und verzeichnen nicht mehr eine Steigerung von externen Filialen in verschiedenen neuen Märkten, sondern eine Verschiebung der gesamten Marktsituation. Gegebenenfalls ist damit auch ein Auswandern der Zentralen von Unternehmen in die Märkte hinein verbunden, also dort hin, wo die Kunden leben und Kontakte schnell, effizient und weniger bürokratisch sind.

**Frage:** Sättigung hin, Sättigung her. In dem weltweit größten Sportartikelmarkt USA wächst das Unternehmen Adidas zurzeit zweistellig. Deutschland sei angesichts des momentanen Wirtschaftswachstums innerhalb Europas derzeit der schwierigste Markt, so Herbert Hainer, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens.

Die deutliche Konsumzurückhaltung im Inland könne nicht nur auf die Einführung des Euro und die flauere Konjunktur zurückgeführt werden. Dies zeige die positive Entwicklung in Spanien, Frankreich und Italien, die in diesem und im kommenden Jahr in Gesamteuropa zu einem Umsatzzuwachs zwischen drei und fünf Prozent beitrage.

**Knirscht es nicht auch im Getriebe des deutschen, überregulierten Arbeitsmarktes?**

**Feuchthofen:** Es knirscht erheblich, und das nicht erst seit heute. Dies zeigt sich besonders in schwierigen Zeiten wirtschaftlicher Entwicklung wie derzeit in der schwachen Konjunktur. Wir haben hierzulande weltweit mit Abstand die Spitzenposition bei Regulierungen des Arbeitsmarktes. Das beginnt mit einem hochkomplizierten System des Kündigungsschutzes und setzt sich fort bei der umfassenden Regulierung von Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation. Denken Sie z.B. an das neue Teilzeit- und Befristungsgesetz, das die Möglichkeit nicht mehr zulässt, Zeitverträge bei Bedarf bis auf zwei Jahre zu verlängern. Konkret heißt das: Wer einmal in einer bestimmten Firma ausgeholfen hat, darf das ein zweites Mal hier nicht mehr tun. So ist in der Region irgendwann jede mögliche Arbeitskraft ausgeschöpft und dem Unternehmen vor Ort die Flexibilität bei schwankender Auftragslage genommen. Das führt zum Abbau von Stellen, wobei die Unternehmen einen Ausweg aus dem Dilemma über Personaldienstleistungsgesellschaften suchen.

**Frage:** Die Personaldienstleistungsgesellschaft als Arbeitgeber – keine erste Adresse auf der Karriereleiter.

Thema Karriere: „Es gibt keine Innovationen ohne Leidenschaft - kommen Sie mit Ihrem neuen Denken und Handeln“, so wirbt der Autozulieferer Hella KG Hueck & Co. Lippstadt hierzulande neue Mitarbeiter, setzt aber auch weiterhin auf seine Internationalisierungsstrategie: Jüngstes Projekt mit einem Investitionswert von 30 Millionen Euro ist die Errichtung von zwei Produktionsstandorten in der Slowakei.

**Ist das für junge Mitarbeiter Sekt oder Selters?**

**Feuchthofen:** Es ist eine Mischung von beidem. Die Internationalisierung in der Ausbildung kennt jeder, der Kinder hat. So verbringen heute z.B. Azubis über die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) oder bei Ihnen etwa über die „Niedersächsische Agentur für Arbeit und Ausbildung im Ausland“ Teile ihrer Ausbildung in anderen Ländern, um ihre Vermittlungschancen in den und am ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Nur in Deutschland zur Schule zu gehen, nur hier zu studieren und zu arbeiten, kann nicht das Modell der Zukunft sein. Globalisierung heißt auch, die junge Generation fit zu machen

und sie dann in Märkten und an Produktionsstandorten einzusetzen, die bessere Bedingungen haben, als wir sie derzeit hier vorfinden.

Mit anderen Worten: Die Bereitschaft, Teile des eigenen Berufslebens, der Erwerbsbiografie auch an wechselnden Standorten im Ausland, und hier nicht nur an den lukrativen Standorten traditioneller, westlicher Kultur zu verbringen, gehört heute immer mehr zur Berufsbefähigung im Sinne der „employability“.

**Frage:** Grünes Licht gab es jetzt bei Hella für die „Übernahme“ einer „eigenen Firma“ durch Lehrlinge. So erhielten die 350 Azubis in den 17 Ausbildungsberufen dort ein eigenes Unternehmen, das ihnen ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft, Teamgeist und Eigenverantwortung abverlangt und sie sowohl am unternehmerischen Erfolg wie Misserfolg beteiligt (siehe Anzeige in dieser Ausgabe).

**Wird hier berufliche Bildung privatisiert und auf rein wirtschaftliche Kategorien reduziert?**

**Feuchthofen:** Ganz im Gegenteil, hier haben Sie ein Beispiel für unternehmerische Verantwortung im Bildungsbereich. Die Tugenden wie Begeisterung, Engagement, Kreativität und Motivation werden heute nicht mehr mit Tafel und Kreide im Klassenzimmer allein vermittelt. Die Unternehmen haben seit langem festgestellt, dass junge Leute bereits in der Ausbildungszeit stärker in die reale Arbeitswelt eingebunden werden wollen. Dazu gehören neben der Aneignung von Fachwissen auch die Übernahme von Verantwortung und begrenztem Risiko, etwa am Beispiel der von Ihnen genannten eigenen Übungs- oder auch echten Firma. Letztlich ist es doch das, was wir auch in der Berufspädagogik erreichen wollen.

Die lange Diskussion der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass alle Bestrebungen in die Richtung laufen, den Jugendlichen mehr Eigenverantwortung für die Gestaltung der eigenen Berufsbiografie zu geben und ihnen den Weg in das wissensbasierte Arbeiten zu eröffnen. Dabei können auch elektronische Lehrangebote (E-Learning), die heute ein hohes Maß an selbst gestaltetem Lernen ermöglichen, für die jungen Leute motivierend und leistungsfördernd sein. Insoweit werden Konzepte wie bei Hella ein Modell für die Zukunft sein.

**Frage:** „Education is not for sale“, nennt sich jene studentische Gruppe, die sich gegen eine Ökonomisierung der Bildung wendet und kürzlich zu einem Forum nach Köln eingeladen hatte. Anlass war der bundesweite Aktionstag von Globalisierungsgegnern und der Gewerkschaftsjugend einschließlich Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In der Kritik steht die Bertelsmann-Stiftung, der eine neoliberale Grundtendenz vorgeworfen wird, das Welthandelsabkommen GATS sowie die Rolle der World Trading Organisation (WTO).

**Kann es dem deutschen Bildungssystem schaden, wenn Konzerne schulische Visionen entwickeln und private Anbieter von Bildung künftig auch global Ansprüche auf Subventionen stellen dürfen?**

**Feuchthofen:** Dass Konzerne in der Bildung tätig sind, ist nichts Neues. Denken Sie etwa an die Versicherungswirtschaft, die traditionell auch einen großen Teil der schulischen Berufsausbildung in eigenen Bildungszentren leistet.

Im übrigen ist der von Ihnen geschilderte Sachverhalt, also das Bemühen der „Education is not for sale“ und der Initiatoren, ein verzweifelter Versuch, die alten Schutzwälle einer rein staatlichen Daseinsvorsorge in elementaren Feldern des Bildungssektors zu erhalten. Bildung als ausschließlich staatliche Aufgabe hat weder in Deutschland, Europa noch weltweit eine Zukunft und wäre auch ein grober Verstoß gegenüber unserer Verpflichtung der nach-

wachsenden Generation.

Wir werden im Zeichen des „Public private partnership“ hier eine deutliche Öffnung haben, allein aufgrund der Rationalität leerer Kassen. Das ist auch einmal eine positive Auswirkung des Abschieds vom Staat als Frau Holle.

Unser gemeinsames Anliegen muss sein, junge Leute nach dem Grundprinzip des dualen Systems der Berufsausbildung, des Erfolgsmodells deutscher Qualifizierung, in einer konkurrenzfähigen Situation auszubilden, nämlich zwischen betrieblicher und wirtschaftlicher Praxis sowie pädagogischer Kompetenz.

**Frage: Was bedeutet das für die öffentlichen Berufsschulen und die deutsche Wirtschaft?**

**Feuchthofen:** Die in jüngster Zeit zunehmend geforderte Umwandlung der Berufsschulen etwa in Dienstleistungszentren für die Wirtschaft, u.a. in Niedersachsen Kompetenzzentren genannt, ist ein interessanter Ansatz. Denn welche Schulform kann wie die Berufsschulen einen derart engen Kontakt zwischen Wissenschaft, pädagogischem Know-how und betrieblicher Praxis vorzeigen? Hier haben die Berufsschulen eine Riesenchance, ihr Selbstbild zu überdenken und sich weiter zu entwickeln.

Dabei ist die Wirtschaft aufgerufen, mit ihrer Lobbyarbeit auch für Rahmenbedingungen zu sorgen, die es den Berufsschulen im Zeichen von Autonomie, Wettbewerb und Profilbildung ermöglichen, mit Ressourcen und Kooperationsverträgen neuer Art in Gebiete einzusteigen, die Qualifizierung umfassend beinhalten.

Das bedeutet auch die Frage, ob man den Berufsschulen weiterhin den Sektor der Weiterbildung verwehren kann, wie es traditionell der Fall ist. Sicherlich bleibt es dabei, dass die öffentlichen Berufsschulen ihren Kernauftrag, also die Ausbildung, an erster Stelle erfüllen müssen. Aber lebensbegleitendes Lernen ist heute eine Aufgabe, die ganzheitlich zu sehen ist, und insoweit werden wir auch an der einen oder anderen Stelle von altgewohnten Schubladen und dem Denken in überkommenen Sandkästen Abstand nehmen müssen.

Mit Jörg E. Feuchthofen sprach Friedrich Susewind.



RA Jörg E. Feuchthofen, Geschäftsführer der VhU Frankfurt

Foto Susewind

# Jung-Unternehmer starten durch

## Azubis stellen vor: Die Hella Junior Company

**Werk 2. Dienstag morgen, 8.00 Uhr: Anruf von Heinz-Wilhelm Wegmann: „Wir brauchen zwei Hordenwagen für die Scheinwerfer-Produktion des Maybach. Könnt ihr das machen?“ Ein Fall für die Junior Company (JC). Nach Abstimmung mit den Ausbildern und Erstellung eines Kostenvoranschlages wird ein verbindlicher Auftrag erteilt. Die Produktion kann beginnen. Vier Wochen später werden die fertigen Hordenwagen ausgeliefert.**

### Junior Company – Wer sind wir?

Wir sind ein kleines Unternehmen innerhalb der Hella KG. Im August 2001 entwickelten Sandra Wegen, Yvonne Schalk und Markus Dziellak gemeinsam mit Ausbildungsleiter Oliver Zinser das Konzept zur Gründung einer Juniorfirma. Dr. Jürgen Behrend sagte uns seine volle Unterstützung zu und auch der Betriebsrat konnte mit Hilfe der JAV (Jugend- und Auszubildenden-Vertretung) gewonnen werden. Die Hella Junior Company ist Teil des Ausbildungskonzeptes und wird selbständig von kaufmännischen und technisch-gewerblichen Auszubildenden geführt. Wir haben je einen kaufmännischen und einen technisch-gewerblichen Geschäftsführer gewählt, die die Entscheidungen zu treffen haben. Da müssen zum Beispiel Urlaubszeiten genehmigt oder Arbeitsaufträge verteilt werden. Die Ausbilder stehen uns beratend zur Seite und können im Zweifelsfall ein Veto-Recht ausüben. Die Hella Junior Company ist also kein Planspiel, sondern wird wie ein ganz normales Industrieunternehmen geführt.

Zuerst mussten wir einen Raum von Hella anmieten und uns Maschinen ausleihen (die auch von der Junior Company bezahlt werden müssen). Löhne und Gehälter aller Mitarbeiter laufen über eine separate Kostenstelle. Die Fixkosten belaufen sich derzeit auf rund 22.000 Euro pro Monat. Nachdem der Anfang natürlich schwer war, arbeiten wir seit Juni dieses Jahres kostendeckend und inzwischen sogar schon gewinnbringend.



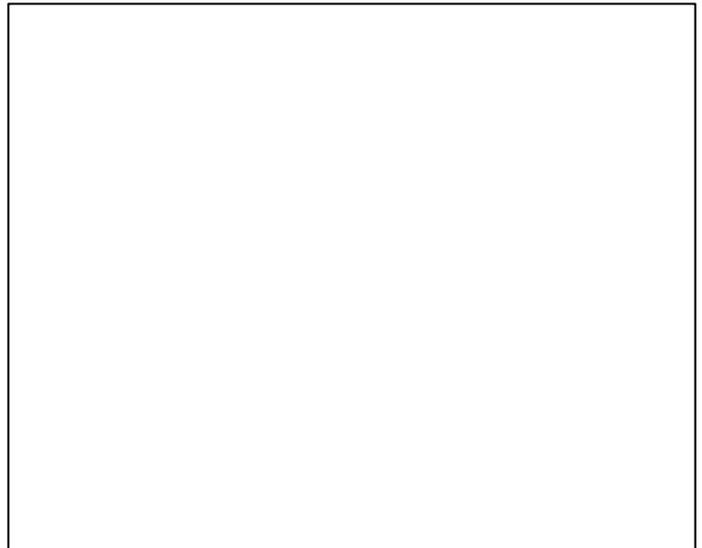
*Christian Schänzer fräst an der Fräsmaschine einen Teflonblock*

### Was sind unsere Ziele?

Die Hella Junior Company ist eine Durchlaufabteilung mit rund 10 Personen. Jeder Auszubildende soll im Laufe seiner Ausbildung die Möglichkeit erhalten, für ungefähr zehn Wochen in der Junior Company zu arbeiten. Eingehende Aufträge werden dabei ganz genau dokumentiert (Kontaktadressen, Einkaufsquellen, Fertigungsdauer und Gesamtkosten), um die spätere Übergabe auf den nächsten Auszubildenden zu vereinfachen. Unabhängig vom Ausbildungsberuf und -stand arbeiten wir alle zusammen als Team und jeder kann seine persönlichen Stärken und Ideen einbringen. Die meist schwer zu durchschauenden Abläufe innerhalb der Hella KG sind bei uns einfach zu begreifen und ermöglichen somit einen besseren Überblick über die Funktionen eines Industrieunternehmens. Gleichzeitig wird dadurch unser unternehmerisches Denken und Handeln gefördert. Nicht zuletzt stehen der Erwerb von Handlungskompetenz, Kommunikationsfähigkeit und Qualitätsbewusstsein im Vordergrund.

### Sie haben die Idee, wir haben die Möglichkeiten!

Da in der Junior Company viele unterschiedliche Berufsgruppen vertreten sind, können wir eine vielseitige Produktpalette anbieten, unter anderem Fräs- und Drehteile, Spezialanfertigungen jeglicher Art oder auch elektromechanische Baugruppen und Geräten. So haben wir beispielsweise eine Scheinwerfer-Vorrichtung für den Lichtkanal oder für einen Vertriebs-Wettbewerb die Pokale der Gewinner gefertigt. Unsere derzeitigen Produkte beziehungsweise Leistungen richten sich hauptsächlich an die einzelnen Abteilungen der Hella KG und deren Mitarbeiter. Wir planen jedoch, bald den externen Markt zu erobern und zukünftig auch die Ausbildungsabteilungen der anderen Hella-Standorte in unseren Produktionsprozess mit einzubinden.



*Für den Lichtkanal baute die Junior Company eine Scheinwerfervorrichtung.*

### Unternehmer im Unternehmen

Aus dem großen, trägen Tanker Hella ist in den letzten Jahren eine Flotte beweglicher Schnellboote geworden: kleinere Unternehmens-einheiten können schnell und flexibel auf sich verändernde Situationen im Markt reagieren, müssen sich dem Wettbewerb stellen und sich ständig um den besten Weg zum Unternehmenserfolg bemühen. Grundlage dafür ist unternehmerisches Denken und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der „Junior Company“ lernen unsere Auszubildenden, ein kleines Unternehmen unter realen Bedingungen zu führen. Das ist eine gute Vorbereitung auf den späteren Einsatz im Beruf, fordert und fördert die Auszubildenden als junge Unternehmer im Unternehmen. Denn wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit der Hella identifizieren und bereit sind, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen.

Dr. Jürgen Behrend

Sie können uns erreichen unter

Telefon: 02941/388569, Fax: 02941/388091

e-mail: Junior.Company@hella.com

Text: Kathrin Bock, Stefanie Kühler und Tobias Göke, alle JC/Marion Kille

# Wir informieren

## Die Großen und die Kleinen

Aus: Rundblick Nr. 127 vom 09.08.2002

(rb) Angesichts der immer zahlreicheren Fälle von Korruption im öffentlichen Dienst betreiben die verschiedenen Dienstherren jetzt Präventionsarbeit in Form von Informationen, Faltblättern, Dienst-anweisungen und Seminaren. So konnten sich kürzlich Vorstand und mittleres Management einer großen niedersächsischen Behörde fachkundig machen durch einen Vortrag aus kundigem Mund – der Referent war der zuständige Staatsanwalt für Korruptionsdelikte.

Wie allmählich sich Abhängigkeit aufbaut durch Präsente, Einladungen und Dienstleistungen, bis am Ende Angestellte und Beamte in Entscheiderpositionen für die Vergabe von Aufträgen oder die Bewilligung von Anträgen in Zugzwänge geraten, in die sie im Grunde hineingeschlittert sind – das war richtig und wichtig zu erfahren. Nämlich nicht der direkte Scheck oder ein sofortiges großzügiges Angebot, sondern das Hineingeraten in ein persönliches Beziehungsgeflecht begründen Abhängigkeiten und damit am Ende das Hinübergleiten in Untreue und Korruption, Delikte, in die die allermeisten Staatsdiener willentlich überhaupt nicht hinein rutschen wollten. Die Taktik offen zu legen, wie sie etwa von der Müllmafia im Kölner Skandal aufgebaut wurde, muss von den potenziellen Zielpartnern in den Verwaltungen bewusst und rechtzeitig erkannt werden. Am Ende bleiben dann nur die tatsächlichen Täter mit eigener krimineller Energie übrig.

Die Lehrstunde durch den Staatsanwalt, der dann auch in Einzelheiten die Hausdurchsuchung eines zuvor unbescholtenen Staatsdieners schildert, war geeignet, jedem Zuhörer die Tragweite und Wirkungen möglichen eigenen potenziellen Unrechtmals deutlich zu machen. Schlusspunkt der Lehrstunde aus dem Leben in Sachen Untreue war die Schilderung einer Reihe von Beispielsfällen, die mit der Bestrafung, Suspendierung bzw. fristlosen Kündigung oder der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis für die betroffenen Täter endete. Warnend stand am Schluss der Fall zweier Straßenwärter aus Süddeutschland, die sich bei einer Bau-

abnahme durch das Regenwetter hatten verleiten lassen, die Dienstbesprechung auf Einladung des Unternehmers in einer Gastwirtschaft am Wege fortzusetzen, wo sie auf Kosten dieses Unternehmers pro Person für zehn Euro Currywurst mit Pommes, Bier und Kaffee verzehrten – die fristlose Kündigung war die Quittung.

Angesichts solcher Rigorosität, wie sie durchaus schon hier und da in Behörden nicht unüblich ist, mutet das Delikt nachgewiesener Untreue etwa von Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch gegenüber der Bundestagsverwaltung gar nicht mehr wie ein beiläufiges Kleindelikt an. Wie er sagt im „Stress“, hat Schlauch 7000 Euro Staatsgelder, nach alter Rechnung rund 14 000 DM, genommen, um privat nach Bangkok zu fliegen; mit eigener Unterschrift hat er dabei vorher sehr wohl zur Kenntnis genommen und gewusst, dass das den Deliktfall der Untreue erfüllt. Erstens gilt auch hier der Grundsatz, dass Unwissenheit (wenn sie denn vorläge!) nicht vor Strafe schützt, und zweitens, dass eine Straftat nicht automatisch geheilt wird durch Wiedergutmachung, wenn der Übeltäter erwischt wird.

So einfach jedenfalls ist es für die Straßenwärter in München nicht gegangen und geht es auch nicht für all die anderen „kleinen“ Bediensteten, die mit Recht für bewusst oder unbewusst begangene Untreue, auch im kleinsten Umfang, zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn Bundestagspräsident Thierse hierzu noch kommentiert, das alles sei nicht so schlimm, weil auch Abgeordnete nur Menschen sind, so sei ihm ins Stammbuch geschrieben, dass der Mensch als zumindest normaler Bürger für begangene Taten gerade stehen muss und zu Recht nicht darauf hoffen kann, dass Recht und Gesetz beliebig relativiert werden. Immer mehr bleibt von der Bonusmeilenaffäre der Eindruck, dass man die Großen in Berlin laufen lässt und die kleinen Übeltäter vor Ort auf den Haken nimmt.

G.

---

## Ich-AG

Aus: Rundblick Nr. 201 vom 22.11.02

(rb) Die Lobeshymnen auf den Mittelstand aus dem Bundestagswahlkampf haben viele Handwerker noch im Ohr. Sie werden auch im beginnenden Landtagswahlkampf wieder gesungen. Sind doch die mittelständischen Unternehmen gerade in Niedersachsen das Herzstück der Wirtschaftskraft, der Ort, an dem überhaupt noch Arbeitsplätze geschaffen werden und Ausbildung stattfindet. Die Aktivitäten der Großunternehmen nehmen sich dagegen vergleichsweise bescheiden aus. Dennoch hindert dies weder die regierende SPD noch die Gewerkschaften, ihre Politik vorzugsweise auf die Großbetriebe auszurichten und es dann dem Mittelstand zu überlassen, wie er damit zurecht kommt. Das Ergebnis wird in diesem Jahr in Niedersachsen der Verlust von bis zu 20 000 Arbeitsplätzen im Handwerk sein. Die zunehmend negativen Ergebnisse der Herbstumfrage, die bislang im Handwerk im-

mer als eher saisonstark galt, lässt auch für das nächste Jahr nichts Gutes erwarten.

Hat man in den mittleren und kleinen Betrieben schon genug Probleme mit den jüngsten Beschlüssen und weiteren Planungen der Bundesregierung in der Steuer- und Abgabenpolitik, wirken Teile des Hartz-Papiers auf viele von ihnen zusätzlich bedrohlich. Das gilt ganz besonders für die von Hartz propagierte „Ich-AG“, die von den Handwerksbetrieben schlicht eine zusätzliche Konkurrenz verstanden wird, die zwangsläufig zu weiteren Einbrüchen im Personalbestand führen muss. Ein verzweifelter Friseurmeister und Kreishandwerksmeister aus Wilhelmshaven hat jetzt zum ersten Mal in seinem Leben an die Bundesregierung geschrieben – einen Brief an den neuen Arbeitsminister Wolfgang Clement. Seine Darstellung der Wirkung einer Ich-AG zeigt überdeutlich,

wohin die Reise geht: Ein Arbeitsloser kann mit einem Zuschuss zur Existenzgründung von 14 000 Euro eine Ich-AG gründen und damit bis zu 25 000 Euro im Jahr verdienen, braucht dafür aber nur eine Pauschalsteuer von zehn Prozent abzuführen. Ihm bleiben damit im günstigsten Fall 22 500 Euro netto – und das ist deutlich mehr als ein Handwerksgehilfe bei unserem Friseurmeister im Jahr verdienen kann.

Für seinen neuen Konkurrenten, der im Zweifel seine Dienste deutlich preiswerter anbieten kann, wird der Friseurmeister mindestens einen Gesellen oder einer Gesellin entlassen müssen, denn die Ich-AG schafft nun einmal nicht mehr Köpfe, die sich die Haare schneiden lassen. Der entlassene Geselle wiederum kann sich nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit ebenfalls wieder als Ich-AG eintragen lassen und verdient jetzt mehr als zuvor – und macht erneut einen Gesellen in einem Friseurbetrieb arbeitslos.

Ein vielleicht überzogenes, aber nicht irreales Szenario. In Wilhelmshaven beispielsweise, das erfährt jetzt auch Clement, gibt es 74 Meisterbetriebe mit 170 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Gesellinnen bzw. Gesellen sowie 50 Auszubildenden. 29 Fachkräfte sind dort arbeitslos. Wenn auch nur die Hälfte von ihnen eine Ich-AG gründet, produziert das in kürzester Zeit 15 neue Arbeitslose. Dazu kommt die „stille Reserve“, die sich aus gelernten Friseurinnen unter den Hausfrauen und Müttern rekrutiert; sie haben bislang über Hausbesuche ganz privat ihre Kunst ausgeübt – für ein Zubrot nebenbei. Mit der Ich-AG können sie die unerwartete Chance wahrnehmen, ihre Tätigkeit zu legalisieren für

einen nicht unattraktiven Lohn ohne feste Arbeitszeiten.

Auch unser Handwerksmeister wird nicht wirklich glauben, dass diese düstere Vision tatsächlich – eins zu eins – so eintreten wird. Die meisten Menschen sind – Gott sei's geklagt – eher zögerlich, wenn es darum geht, die soziale Hängematte zu verlassen und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wenn sich aber erst einmal herum gesprochen hat, wie gut und vor allem bequem sich von einer Ich-AG leben lässt, kann das geradezu ein Einfallstor mit unkalkulierbaren Risiken für den Arbeitsmarkt im Handwerk werden. Auf der Strecke bleiben wird in jedem Fall der Nachwuchs. Denn wer bildet schon aus, wenn er gegen Billigkonkurrenz bestehen muss. Treffen wird dieses Hartz-Projekt nun einmal vorzugsweise das Handwerk; komplizierte Berufsfelder, wie sie die Industrie anbietet, lassen sich eher selten in eine Ich-AG umwandeln.

Das hört sich so an, als hätte man bei den Erfindern dieser Maßnahme wieder einmal nicht zu Ende gedacht, wie schon bei anderen Ideen, die nach dem 22. September das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben. Auch unser Friseurmeister fragt sich, wo all die klugen Menschen geblieben sind, die es sogar bei Rot-Grün einmal gegeben hat. Auch Clement wurde lange Zeit dazu gezählt. Bleibt zu hoffen, dass man sich in Niedersachsen an das allseits gelobte ganzheitliche Mittelstandskonzept erinnert, das sich mit der Ich-Idee kaum in Übereinstimmung bringen lassen dürfte.

az

---

## Gelungener Start für den Europass

**Europäische Kommission legt erste Bilanz vor. Rund 19 300 Dokumente haben die nationalen Kontaktstellen der Mitgliedstaaten bisher ausgestellt.**

Aus: CEDEFOP 2/02

Der Europass-Berufsbildung hat den Start geschafft, die Umsetzung der Anfang 2000 in Kraft getretenen Ratsentscheidung „zur Förderung von alternierenden Europäischen Berufsbildungsabschnitten einschließlich der Lehrlingsausbildung“ verläuft in allen Mitgliedstaaten problemlos. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in erster Bilanz.

Rund 19 300 Exemplare der bisher in einer Gesamtauflage von 400 000 Stück gedruckten Europässe haben die nationalen Kontaktstellen in den Mitgliedsstaaten ausgestellt. Der Europass-Berufsbildung kann bis zu drei europäische Berufsbildungsabschnitte belegen. Bisher hat allerdings kaum jemand mehr als einen solchen Ausbildungsabschnitt in einem anderen Mitgliedsstaat absolviert und eintragen lassen, sodass die Zahl der ausgestellten Europässe weitgehend der Zahl der Europäischen Berufsbildungsabschnitte entspricht.

Insgesamt 14 180 Dokumente und damit 73% forderten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich an. Deutschland fällt mit 9614 aus dem Rahmen, stellt damit allein fast die Hälfte der Europäischen Berufsbildungsabschnitte. Das dürfte zum einen auf die mit 600 000 vergleichsweise große Zahl der Lehrlingsverträge im Jahr 2000 zurückzuführen sein. Zum anderen haben die deutschen nationalen Kontaktstellen den Europass auch für Projekte ausgegeben, die nicht alle Qualitätskriterien für Europäische Berufsbildungsabschnitte erfüllten, beispielsweise keinen Ausbilder nannten. Insgesamt zeigten bisher Länder mit einem

gut entwickelten Lehrlingsausbildungssystem und einer etablierten Tradition der transnationalen Mobilität in der Berufsausbildung das größte Interesse am Europass.

Begehrteste Ziele für die im Durchschnitt drei bis 15 Wochen dauernden Ausbildungsabschnitte sind die englischsprachigen Länder. Insgesamt zieht es mehr Frauen als Männer ins Ausland. Während die Teilnehmerinnen in Deutschland und Frankreich gegenüber ihren männlichen Kollegen nur knapp in der Mehrheit sind, liegen sie in Irland, Schweden und Finnland deutlich vorn. Der überwiegende Teil der Europass-Inhaber ist zwischen 17 und 23 Jahre alt, fast drei Viertel befinden sich in allgemeinen oder beruflichen Bildungsgängen.

Eine erhebliche Zahl von Europäischen Berufsbildungsabschnitten – je nach Land zwischen 30 und 100% – fällt unter das Programm Leonardo da Vinci. In einigen Ländern spielen außerdem bilaterale oder nationale Initiativen eine große Rolle, beispielsweise das deutsch-französische Jugendaustauschprogramm, das Programm „Training Bridge“ zur Förderung der britisch-deutschen Zusammenarbeit und das skandinavische Programm „NordPlus Junior“. Eine europäische Zwischenbewertungsstudie will die Kommission Ende dieses Jahres vorlegen.

Weitere Informationen:

[www.europa.eu.int/comm/education/europass/index\\_en.html](http://www.europa.eu.int/comm/education/europass/index_en.html)

## Nach der Schule

Aus: Schul/Bank 10/02

Im vergangenen Jahr haben 342.600 Jugendliche ihre Schullaufbahn mit dem Abitur beendet - 34.800 mehr als 1995. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes begannen 86.900 Abiturienten eine Berufsausbildung, das sind rund 25 % der Abiturienten dieses Jahres. Die meisten von ihnen wählten Ausbildungsberufe im dualen System wie Bankkaufmann, Industriekaufmann oder Fachinformatiker. Weitere 37.000 Abiturienten starteten eine rein schulische Ausbildung in Berufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens, beispielsweise als Krankenpfleger oder Krankengymnast. Damit liegt der Anteil der Abiturienten, die zunächst eine nicht-akademische Laufbahn beginnen, bei etwa 36 %. Fast ein Drittel dagegen startet direkt mit dem Studium an einer deutschen Hochschule.

## Englisch lernen online

Aus: SchulBank Nr. 08.02

Unter [www.englisch-hilfen.de](http://www.englisch-hilfen.de) kann man dies auf sehr kurzweilige Art. Die Seite bietet - wie der Name vermuten lässt - umfangreiche Hilfestellung zum Englisch lernen, stellt darüber hinaus aber auch interessante Informationen zur Verfügung. Man findet Vokabellisten, grammatikalische Erläuterungen oder englische Wörterbücher. Natürlich gibt es auch Übungen zur Grammatik und zahlreiche Wörterübungen wie ein zweisprachiges Memory, ein Quiz mit verschiedenen Sachgebieten oder ein Kreuzworträtsel. Darüber hinaus gibt es Büchertipps, Hinweise und Tipps zum Erstellen von Referaten sowie ein Forum, in dem man selbst zu Wort kommen kann. Ein ebenfalls interessanter Bestandteil ist der Punkt „Prüfungen“. Hier kann man sich Aufgaben, Hinweise und zum Teil Lösungen zu Abschlussprüfungen ansehen - nicht nur für das Fach Englisch. Ein Blick auf die Seite lohnt in jedem Fall.

## Studienplätze

Aus: Rundblick Nr. 132 vom 16.08.2002

(rb) Einen neuen Rekord an Studienplatzbewerbungen meldet die Uni Lüneburg für das kommende Wintersemester. Mit insgesamt 4500 Bewerbungen kommen demnach durchschnittlich fünf Interessenten auf jeden Studienplatz. Absoluter Spitzenreiter ist erneut der Studiengang „Angewandte Kulturwissenschaften“ mit 1900 Bewerbungen auf 213 zu vergebende Plätze – das sind neun Interessenten pro Platz. Beim Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen kommen mehr als vier Bewerber auf jeden der 259 Plätze; die gleiche Relation wird für die Studiengänge Sonderpädagogik (80 Plätze) und Erziehungswissenschaften (44 Plätze) verzeichnet. Drei Interessenten pro Platz sind es beim Lehramt an berufsbildenden Schulen und bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Doppelt so hoch wie das Angebot ist die Nachfrage bei den Umweltwissenschaften. Die Lüneburger Uni geht davon aus, dass sie mit diesem Bewerberniveau in Niedersachsen einsam an der Spitze liegt.

## Jugend und Europa

Aus: Schul/Bank 10/02

Zum Thema „Jugend und Europa“ gibt es eine neue Internet-Seite des Auswärtigen Amtes. Sie ist Grundlage einer Informations- und Spieltour durch verschiedene Bundesländer, die Schülern die Arbeit des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union näher bringen soll. Die Seite informiert über Auslandsaufenthalte, Wissenswertes über die EU, Reisen oder Online Zeitschriften zu Europa. Daneben beinhaltet sie ein Internet-Quiz zur Zukunft der Europäischen Union, das als Flipperspiel konzipiert ist und Gewinne wie z. B. eine Reise ins polnische Riesengebirge bietet. In einem Forum können junge Leute ihre Meinung zur Zukunft Europas kundtun. Die Seite ist erreichbar unter [www.auswaertiges-amt.de/jugend-und-europa](http://www.auswaertiges-amt.de/jugend-und-europa).

## Sind Lehrer zu nachgiebig?

Aus: Schul/Bank 10/02

Lehrer sind zu lasch – so das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage aus dem Juli dieses Jahres. 62% der Befragten in West- und 70 % in Ostdeutschland vertraten diese Auffassung. Dass Lehrer zu streng seien, sagten nur 2%. Rund die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass von Schülern heute zu wenig verlangt wird. Allerdings sind die Befragten auch in großer Mehrzahl der Meinung, dass es schwer sei, heute Lehrer zu sein. Und 80% stimmen dafür, dass die Lehrer bei ihren Aufgaben größere Unterstützung bekommen müssten; denn die Verbesserung der Bildungs- und Erziehungsaufgabe sehen sie als eine allgemeine gesellschaftliche Aufgabe.

## Ausgaben für Schulbücher

Aus: Schul/Bank 07/02

Für Schulbücher stehen immer weniger Mittel in den Bildungshaushalten der Bundesländer zur Verfügung. Nach Angaben des VdS Bildungsmedien sind die Ausgaben im vergangenen Jahr auf ein Rekordtief von 274 Millionen Euro gefallen. Obwohl die Zahl der Schüler in Deutschland seit 1991 um gut 1 Million auf 12,6 Millionen gestiegen ist, ging die Höhe der Ausgaben um knapp ein Drittel zurück. Die Folge ist ein Verlust an Qualität, da die Lernmaterialien häufig überaltert sind. Im Schnitt werden die Schulbücher neun Jahre und länger verwendet. Die Schüler arbeiten also zum großen Teil mit Medien, die weder den Euro kennen noch in der aktuellen Rechtschreibung verfasst sind.

## Broschüre

Aus: Rundblick Nr. 143 vom 02.09.02

„(rb) Eine unerwartet hohe Resonanz verzeichnet der niedersächsische Städtetag für seine Broschüre „Neue Medien in Schulen – Hinweise für Planung und Ausstattung“. Innerhalb der ersten vier Wochen nach dem Erscheinen seien nahezu 1000 Exemplare von Städten, Gemeinden und Schulen, aber auch von anderen Stellen zusätzlich zu den vorab verteilten Broschüren angefordert worden, berichtete der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Ulrich Mädge. Mittlerweile sei die Informationsschrift vergriffen. Der Verband empfiehlt Interessenten, die Broschüre aus dem Internet ([www.nst.de](http://www.nst.de)) herunter zu laden. Im Internet war die Schrift bis zur vergangenen Woche 1277 mal abgerufen worden.

## Lektüre-Tipps

### Wenn der Job zur Hölle wird

#### Seelische Gewalt am Arbeitsplatz und wie man sich dagegen wehrt

Von Marie-France Hirigoyen, 395 Seiten, Taschenbuchformat, Verlag C.H. Beck 2002, 19,90 Euro, ISBN 3 406 48653 3

Aus: Schulbank Nr. 08/02

Seelische Gewalt liegt immer dann vor, wenn jemand psychisch unterworfen wird, sei es, um ihn zur Kündigung zu bewegen und aus einer Firma möglichst ohne Abfindung auszuschließen, sei es, um ihn zu vernichten. Dahinter steckt eine bösartige Freude, die Lust, einem Anderen zu schaden, ihn als Nichts zu behandeln, seiner Würde zu berauben, ihn dort zu treffen, wo es am meisten weh tut. Ziel ist keineswegs, den oder die Betroffene/n zu besserer oder effizienterer Arbeit anzustacheln, im Gegenteil, oft entzieht man ihr oder ihm die Arbeitsmittel, die Unterlagen, zuweilen auch unverzichtbare Informationen und die nötige Ausstattung. Dieses Gefühl der völligen und grundlosen Entwertung, die Erfahrung äußerster Respektlosigkeit kann manche um den Verstand bringen, viele fallen in Depressionen, und gesundheitliche Schäden sind fast immer die Folge. Betroffene schildern in diesem Buch die Erfahrungen und die Reaktionen. Anhand zahlreicher Fallbeispiele spricht Marie-France Hirigoyen an, worüber meistens geschwiegen wird. Gibt es das typische Opfer? Den typischen Aggressor? Zu unrecht Beschuldigte? Woran erkennt man seelische Gewalt, wie kann man sie von anderen Formen der Aggression unterscheiden? Welche Arbeitszusammenhänge begünstigen solche Machenschaften? Marie-France Hirigoyen gibt

professionelle Hilfestellungen für Betroffene und zeigt darüber hinaus Wege auf, wie überhaupt seelischer Gewaltanwendung im Arbeitsleben vorgebeugt werden kann. Das Buch enthält zusätzlich einen orientierenden Überblick

### Georg Schuhmann (Hrsg.): Rhetorik und Kommunikation, Verlag Europa Lehrmittel, Haan-Gruiten 2002, 163 Seiten, 16 Euro, ISBN 3808573007

In den Bildungshaushalten der Länder stehen für Schulbücher immer weniger Mittel zur Verfügung. Dies hat dazu geführt, dass Lernmaterialien heute im Schnitt 9 Jahre und länger im Gebrauch sind. Neuerscheinungen sollten daher auch nach diesem Gesichtspunkt bewertet werden. Dabei spielt die solide Substanz der Inhalte eine große Rolle. Das vorliegende und in der Aufmachung keineswegs spektakuläre Buch - in der graphischen Ebene wird z. B. überwiegend mit Illustrationen gearbeitet, weniger mit Fotos - hat hier einiges zu bieten. Dabei bleibt das Werk aber nicht theoretisch. In jedem Kapitel wird von einer realen Situation im Betrieb ausgegangen. Dazu folgen dann die notwendigen Informationen und Übungen in den Kapiteln Rede, Gespräch, schriftliche Kommunikation, Methoden geistiger Arbeit und Textbearbeitung. Fazit: Ein ansprechendes und für den Klassensatz empfehlenswertes Lehrbuch, wenn man davon ausgeht, dass die dargestellten „Lernfelder“ Rhetorik und Kommunikation behandelt werden sollen. Dann wäre zu überlegen, mit welchen weiteren Materialien in den übrigen „Lernfeldern“ wie IT-Kommunikation, Sprachnormen und Literatur gearbeitet werden kann.

Manfred Alter / Friedrich Susewind

# Angebote zur beruflichen Weiterbildung auf dem Prüfstand

Spezialabteilung der Stiftung Warentest nimmt Programme unter die Lupe. Weiterbildungsportal befindet sich im Aufbau.

Aus: CEDEFOP Nr. 2/02

Kursangebote der beruflichen Weiterbildung nimmt die Abteilung „Stiftung Bildungstest“ bei der Stiftung Warentest ab Juli dieses Jahres unter die Lupe. Die Tests bilden den Auftakt einer Kampagne zur Sicherung und Erhöhung der Bildungsqualität in Deutschland. Aus der Abteilung, so Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, könne später eine eigenständige Stiftung hervorgehen, die dann auch das Angebot von Schulen und Hochschulen teste. Rund sechs Millionen Euro hat die Bundesregierung dafür in den nächsten drei Jahren vorgesehen.

Die unabhängige Überprüfung soll einerseits Verbrauchern eine verlässliche Orientierungshilfe auf einem schwer überschaubaren Markt bieten, auf dem sich zur Zeit rund 35 000 Anbieter mit mehr als 400 000 Programmen tummeln. Andererseits sollen die Tests das Qualitätsbewusstsein der Weiterbildungsanbieter schärfen. Das sei nicht nötig, Optimierung und Transparenz ihrer Angebote sei ureigenstes Anliegen der Anbieter auf dem Weiterbildungsmarkt, argumentiert das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung. Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung hält eine eigene „Stiftung Bildungstest“ für überflüssig, zumal sich die Vielfalt der Angebote für unterschiedliche Zielgruppen durch vergleichende

Bildungstests nicht seriös messen lasse. Weiterbildungsdatenbanken seien dagegen ein sinnvolles Mittel zur Erhöhung der Transparenz.

Um mehr Transparenz geht es auch dem Bundesbildungsministerium beim Aufbau eines Portals zu Weiterbildungsdatenbanken im Internet, das schrittweise bis 2004 unter einer zentralen Adresse die Abfrage des gesamten Kursangebotes ermöglichen soll. In diesem neuen „InfoWeb Weiterbildung“, für deren Einrichtung rund 1,3 Millionen Euro bereitstehen, wollen zunächst 30 der wichtigsten Datenbanken zur Weiterbildung in Deutschland ihre Programme so verknüpfen, dass der Nutzer sofort findet, was er sucht.

Weitere Informationen sind beim Bundesbildungsministerium unter der Internetadresse

[www.bmbf.de](http://www.bmbf.de)

und beim Bundesinstitut für Berufsbildung unter

[www.bibb.de](http://www.bibb.de)

abrufbar.

## Im Gedenken an unsere Verstorbenen

Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen

Oberstudienrat a.D.

**Willi Köhler**

\* 05.05.1950

† 28.09.2002

und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband  
Delmenhorst

Bezirksverband  
Oldenburg

Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen

Oberstudienrat a.D.

**Werner Trapp**

\* 05.02.1917

† 07.08.2002

und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband  
Hildesheim Stadt

Bezirksverband  
Hannover-Süd

## Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

Name	Vorname	Ortsverband	Geburtstag	Name	Vorname	Ortsverband	Geburtstag
<b>60 Jahre</b>							
Allner	Frank	Helmstedt	06.01.1943	Katthöfer	Uwe	Lüneburg	28.02.1943
Lohse	Eckhard	Braunschweig II	09.01.1943	Rieken	Egon	Meppen	28.02.1943
Schenk	Hermann-Günther	Papenburg	09.01.1943	Karrasch	Winfried	Bersenbrück	02.03.1943
Ludz	Gernot	Hameln	09.01.1943	Henschel	Heider	Cuxhaven	08.03.1943
Coldehoff	Josef	Bersenbrück	08.02.1943	Voigt	Hildebrand	Gifhorn II	18.03.1943
Schnake	Gunter	Hildesh. Marienburg	16.02.1943	Scheer	Karin	Hameln	23.03.1943

# Wir gratulieren

An den BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER  
AN BERUFLICHEN SCHULEN

Landesverband Niedersachsen e.V.

Große Packhofstraße 28 • 30159 Hannover

Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

## Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name	Vorname	Ortsverband	Geburtsstag
------	---------	-------------	-------------

### 65 Jahre

Schroeder	Rüdiger	Soltau	08.01.1938
Schoneboom	Gerda	Emden	22.01.1938
Heinrich	Dieter	Wittmund	13.02.1938
Ladwig	Jürgen	Stadthagen	21.02.1938
Drews	Gerhard	Osterholz-Scharmbeck	01.03.1938
Schmidt	Udo	Wesermarsch	10.03.1938
Pohlmann	Alfons	Osnabrück	12.03.1938
Birkle	Dieter	Leer	14.03.1938
Ohning	Heinrich	Hildesh.Marienburg	17.03.1938
Jansen	Horst	Hannover 4	22.03.1938
Kühn	Edith	Emden	24.03.1938

### 70 Jahre

Lindel	Franz	Salzgitter	06.01.1933
Schmidt	Hannelore	Hannover 21	10.01.1933
Patzke	Werner	Hannover 4	29.01.1933
Edeler	Klaus-Jürgen	Burgdorf-Lehrte	22.02.1933
Decker	Willi	Hannover 3	24.02.1933
Gause	Helmut	Göttingen	27.02.1933
Wendt	Elisabeth	Syke	08.03.1933
Müller-Dormann	Gisela	Wolfsburg	11.03.1933
Klaphecke	Bernhard	Meppen	18.03.1933
Övermöhle	Heinz	Papenburg	20.03.1933

### 75 Jahre

Rabe	Horst	Stade	07.01.1928
Suhr	Heinz	Wildeshausen	17.01.1928
Theilen	Gerhard	Oldenburg	19.01.1928
Dybus	Gerhard	Hannover 5	25.01.1928
Schäffer	Peter	Springe	09.02.1928
Harthus	Hans	Osnabrück	19.02.1928
Pellens	Elisabeth	Hameln	06.03.1928
Südmersen	Karl-Heinz	Neustadt am Rübenbg.	13.03.1928
Richter	Erika	Hildesh.Marienburg	24.03.1928
Sauer	Gerhard	Hannover 2	26.03.1928

### 80 Jahre

Schulte	Anton	Papenburg	10.01.1923
Krueger	Gisbertha	Gifhorn I	14.01.1923
Kowalik	Erich	Neustadt a. Rübenbg.	07.02.1923
Rust	Karl-Heinz	Braunschweig II	08.03.1923
Rasch	Oswald	Holzminde	23.03.1923

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Bezirksverband \_\_\_\_\_

Ortsverband \_\_\_\_\_ Dienststelle/Schule \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Tel./Fax \_\_\_\_\_ Eintritt Schuldienst \_\_\_\_\_

Amtsbezeichnung \_\_\_\_\_ Besoldungs-/Vergütungsgruppe \_\_\_\_\_

Berufsfeld \_\_\_\_\_ Unterrichts-Fächer \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Bankverbindung \_\_\_\_\_

**Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den  
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer  
an beruflichen Schulen (BLBS)**

zum \_\_\_\_\_ .

**Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von  
mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten  
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

**Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist,  
besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine  
Verpflichtung zur Einlösung.**

Ort \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Für die Mitgliederverwaltung:**

Aufnahme in die Datei am: \_\_\_\_\_

Aufnahmebestätigung am: \_\_\_\_\_

Kopie an Kassenwart: \_\_\_\_\_

**Redaktionsschluß  
der nächsten Ausgabe:**

**25.02.2003**